

# Pressemitteilung



## Herr Ministerpräsident, es ist nun an ihnen...

**Teltow, 20.08.2021.** Nach dem sogenannten Brandenburger Schweinegipfel am 30. Juli wurde das ASP-Virus bei weiteren Wildschweinen sowohl im Barnim als auch in der Uckermark nachgewiesen. Ein Ende dieser Entwicklung ist nach dem aktuellen Kenntnisstand nicht in Sicht.

Um den Seuchendruck aus unserem Nachbarland entscheidend zu senken, wird derzeit intensiv an der Fertigstellung des 2. ASP-Schutzzauns an der Grenze zu Polen gearbeitet. Und es wird in den Restriktionszonen weiterhin intensiv nach Fallwild gesucht. Beides sind richtige und wichtige Maßnahmen. Die auf dem Schweinegipfel zugesagte Prüfung der bislang eng begrenzten und befristeten Regelung zur finanziellen Unterstützung der unverschuldet in Not geratenen Schweinehalter in den betroffenen Gebieten ist ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung, aber er enthält weder eine Zeitschiene noch die Gewähr eines positiven Votums, auf das die Betroffenen bauen könnten. An diesem Beispiel wird das ganze Dilemma der Krisenbewältigung deutlich. Hier wird immer noch auf der Grundlage vermeintlich bewährter Regeln verwaltet, die sich jedoch bei der Bekämpfung einer hochgradig ansteckenden Tierseuche als ungenügend erwiesen haben. Gleiches gilt für das Problem der Entnahme von Wildschweinen in den Restriktionszonen. Auch hier gibt es immer noch keine konkreten Schritte, die den gewünschten Erfolg erzwingen könnten.

„Die Verantwortlichen in der EU, im Bund, im Land und in den Landkreisen befinden sich nach wie vor in einem routinemäßigen Verwaltungsmodus. Wir sehen uns jedoch einer ausgewachsenen Krise gegenüber, die vielen meiner Berufskollegen die Existenz kosten könnte, wenn nicht sofort erfolgversprechende Maßnahmen ergriffen werden. Herr Ministerpräsident, es ist nun an Ihnen, gemeinsam mit den Ländern Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ein bis nach Brüssel hörbares politisches Zeichen zu setzen. Ziehen Sie die Kompetenzen an sich und tun sie mit ihren Länderkollegen, was getan werden muss. Es stehen auch die von uns allen gewollte Versorgung der Hauptstadtregion mit regionalen Lebensmitteln sowie das Vertrauen in die politischen Institutionen auf dem Spiel. Beides darf nicht achtlos verspielt werden“, appelliert LBV-Präsident Henrik Wendorff.